



Wahlprüfsteine Kommunalwahl

Landkreis Offenbach



**Bündnis für
sozialen
Zusammenhalt**
IN STADT UND KREIS OFFENBACH

Vorwort:

Liebe Einwohner*innen

Mit der Kommunalwahl 2026 werden in Stadt und Kreis Offenbach wichtige Weichen für die kommenden Jahre gestellt. Viele Entscheidungen, die den Alltag der Menschen unmittelbar prägen – von Kita- und Bildungsangeboten über Pflege, Jugend- und Kulturarbeit bis hin zu Nahverkehr, Wohnen und Mietpreisen – werden auf kommunaler Ebene getroffen. Gerade angesichts steigender Lebenshaltungskosten, wachsender sozialer Ungleichheit, zunehmender Klimabelastungen sowie offener Angriffe auf Demokratie und Menschenwürde ist entscheidend, welche politischen Antworten vor Ort gegeben werden.

Das Bündnis für sozialen Zusammenhalt in Stadt und Kreis Offenbach ist ein Zusammenschluss von Wohlfahrtsverbänden, Gewerkschaften, Religionsgemeinschaften, Umwelt- und Freizeitverbänden, Antifaschismus-Initiativen, Migrant*innenorganisationen, Freiwilligenstrukturen und weiteren zivilgesellschaftlichen Akteuren. Uns verbindet die Überzeugung: Sozialer Zusammenhalt entsteht nicht von selbst – er ist das Ergebnis politischer Entscheidungen. Es macht einen Unterschied, ob Politik soziale Gerechtigkeit stärkt oder Ungleichheit vertieft, ob sie gleiche Rechte und Teilhabe ermöglicht oder Hürden aufrechterhält, ob sie Diskriminierung konsequent bekämpft oder Ausgrenzung duldet.

Mit den vorliegenden Wahlprüfsteinen bündeln wir zentrale sozial-, wohnungs-, bildungs-, arbeitsmarkt-, klima- und demokratiepolitische Fragen, die aus der täglichen Praxis unserer Mitgliedsorganisationen und Initiativen erwachsen: aus Beratungsstellen, Kitas, Jugendzentren, Pflegeeinrichtungen, aus Gewerkschafts- und Betriebsarbeit, aus Projekten gegen Antisemitismus und Rassismus, aus Umwelt- und Quartiersarbeit sowie aus Engagement und Ehrenamt. Wir sind parteipolitisch unabhängig, aber nicht neutral gegenüber Armut, Diskriminierung und Demokratieabbau. Mit dieser Broschüre möchten wir sichtbar machen, wie die zur Wahl antretenden Parteien und Wähler*innengruppen den Herausforderungen begegnen wollen – und so eine fundierte Grundlage für öffentliche Debatte und persönliche Wahlentscheidungen schaffen.

Die Wahlprüfsteine gliedern sich in sechs Themenblöcke:

- Soziale Infrastruktur & Gesundheit – ab Seite 6
- Wohnen – ab Seite 12
- Gute Arbeit, Tarifbindung & soziale Sicherung – ab Seite 18
- Bildung, Jugend, Kultur & Teilhabe – ab Seite 24
- Demokratie, Vielfalt, Antidiskriminierung & Engagement – ab Seite 30
- Klima, Mobilität & Stadtentwicklung – ab Seite 36

Aus unserer Sicht sind dies die zentralen Felder, auf denen sich entscheidet, ob und wie Stadt und Kreis Offenbach sich als Region weiterentwickeln, in der alle Menschen gut und sicher leben können.

Wir haben den zur Kommunalwahl 2026 antretenden Listen und Parteien in Stadt Offenbach sowie im Kreis Offenbach diese Fragen vorgelegt, um mehr über ihre Programme und konkreten Vorhaben zu erfahren. Die Antworten werden getrennt nach Stadt und Kreis dargestellt und von uns unbearbeitet und vollständig veröffentlicht. Antworten, die die vorgegebene Zeichenanzahl deutlich überschritten haben, wurden gekürzt. Die Kürzungen wurden kenntlich gemacht.

Wir danken allen Beteiligten, die an der Erstellung der Wahlprüfsteine mitgewirkt haben, und allen Parteien und Wähler*innengruppen, die sich die Zeit für eine Antwort genommen haben. Wir wünschen Ihnen eine anregende Lektüre und ermutigen dazu, die kommunalpolitischen Positionen zu vergleichen, nachzufragen und am Wahltag von Ihrem demokratischen Recht Gebrauch zu machen.

Informationen zur Wahl:

Was wird gewählt?

Laut §1 des Hessischen Kommunalwahlgesetzes werden in Gemeinden die Gemeindevertreter, in Ortsbezirken, in denen Ortsbeiräte zu wählen sind, die Ortsbeiratsmitglieder und in den Landkreisen die Kreistagsabgeordneten in freier, allgemeiner, geheimer, gleicher und unmittelbarer Wahl gewählt. Sie sind das kommunale Parlament und damit das wichtigste demokratische Entscheidungsorgan im Kreis. In ihr beraten und beschließen die gewählten Abgeordneten die grundlegenden Angelegenheiten der kommunalen Selbstverwaltung und bestimmen die politischen Leitlinien für die Arbeit im Kreis Offenbach in den kommenden Jahren. Zu ihren zentralen Aufgaben gehört insbesondere, die wichtigsten Entscheidungen der Politik im Kreis zu treffen:

Die gewählten Vertreter im Kreis beschließen den Haushalt und damit, wofür finanzielle Mittel eingesetzt werden, entscheiden über größere Vorhaben und Investitionen (zum Beispiel Bau- und Infrastrukturprojekte, Schulen, Kitas oder städtische Einrichtungen) und erlassen Satzungen sowie andere verbindliche Regelungen.

Außerdem befassen sie sich mit Themen wie die Entwicklung im Kreis Offenbach, Wohnen, Verkehr, Umwelt- und Klimaschutz, Wirtschaftsförderung, Kultur, Sport sowie sozialen Leistungen und Angeboten des Kreises. Durch sie können darüber hinaus Anträge und Beschlüsse gefasst werden, um die Verwaltung zu beauftragen oder politische Schwerpunkte festzulegen. Sie kontrollieren zudem die Umsetzung ihrer Entscheidungen im Rahmen der kommunalen Zuständigkeiten.

Mit der Wahl bestimmen die Wähler*innen und Wähler also, welche Parteien, Wählergruppen und Personen die Mehrheiten bilden und damit maßgeblich beeinflussen, welche Ziele verfolgt werden und wie sich der Kreis Offenbach in den nächsten Jahren entwickelt.

Wer darf wählen?

An der Wahl zum Kreistag darf teilnehmen, wer am Wahltag alle folgenden Bedingungen erfüllt:

- Staatsangehörigkeit: Sie sind Deutsche oder Deutscher im Sinne von Artikel 116 Absatz 1 Grundgesetz oder besitzen die Staatsangehörigkeit eines anderen EU-Mitgliedstaats (Unionsbürgerin/Unionsbürger).
- Mindestalter: Sie haben das 18. Lebensjahr vollendet, also geboren am 15. März 2008 oder früher.
- Wohnsitz im Kreis Offenbach: Sie wohnen seit mindestens sechs Wochen im Kreis Offenbach, also seit spätestens 1. Februar 2026.

Informationsseite des Kreises Offenbach zur Wahl:

www.kreis-offenbach.de/wahlen

Wie wird gewählt?

Jede Wählerin und jeder Wähler kann so viele Stimmen vergeben, wie Vertreterinnen und Vertreter zu wählen sind. Die Zahl der Kreistagsabgeordneten im Kreis Offenbach beträgt beispielsweise 87, sodass jede Wählerin und jeder Wähler bei der Kreistagswahl 87 Stimmen abgeben kann.

Sie können alle Stimmen an verschiedene Bewerberinnen und Bewerber in verschiedenen Wahlvorschlägen geben – panaschieren – und dabei jeder Person auf dem Stimmzettel bis zu drei Stimmen geben – kumulieren.

Einer Bewerberin oder einem Bewerber kann jeweils bis zu drei Stimmen gegeben werden (kumulieren). Die Stimmen können auf Bewerberinnen und Bewerber aus verschiedenen Wahlvorschlägen verteilt werden (panaschieren).

Es kann auch ein ganzer Wahlvorschlag einer Partei oder Wählergruppe durch Ankreuzen der Kopfleiste angenommen werden. Die Bewerberinnen und Bewerber erhalten dann jeweils von oben nach unten solange eine Stimme, bis die Anzahl der Stimmen verbraucht ist, oder jede Bewerberin und jeder Bewerber drei Stimmen erhalten hat. Einzelne Bewerberinnen und Bewerber können gestrichen werden, wenn diese keine Stimmen erhalten sollen.

Die Stimmen können auch nur teilweise einzeln verteilt werden. Zusätzlich kann dann noch ein Listenkreuz gemacht werden. Das hat zur Folge, dass die nicht auf einzelne Bewerberinnen und Bewerber verteilten Stimmen auf den zusätzlich angekreuzten Wahlvorschlag verteilt werden.

Wo kann ich wählen?

Per Briefwahl

Die Briefwahlunterlagen können bei der Gemeindebehörde des Hauptwohnsitzes (nicht beim Landkreis!) in unterschiedlicher Form beantragt werden:

Auf der Rückseite der Wahlbenachrichtigung (sofern diese schon vorliegt) ist ein entsprechender Antrag abgedruckt, der ausgefüllt in einem frankierten Umschlag an das Wahlamt der Gemeinde geschickt oder dort abgegeben werden kann.

Der Antrag kann auch schriftlich per E-Mail, Fax, über ein Online-Antragsformular der Gemeinde oder mündlich und unter Vorlage eines Ausweisdokuments direkt beim Wahlamt der Gemeinde gestellt werden. Für die Identifizierung der antragstellenden Person wird der Familienname, der Vorname, die Anschrift und das Geburtsdatum benötigt.

Die Briefwahlunterlagen für Kommunalwahlen werden etwa ab Anfang Februar verschickt. Der Antrag kann bis spätestens Freitag, 13. März 2026, 13:00 Uhr, gestellt werden. In Ausnahmefällen können Personen, die nicht im Wählerverzeichnis eingetragen sind, oder die plötzlich und nachweislich erkrankt sind und den Wahlraum nicht aufsuchen können, bis zum Wahlsonntag, den 15. März 2026, 15:00 Uhr, Briefwahl beantragen.

Wer durch Briefwahl wählt, hat sicherzustellen, dass der Wahlbrief bis spätestens 18:00 Uhr am Wahltag bei der Gemeinde eingeht. Bei einer späten Beantragung der Briefwahlunterlagen bietet es sich an, den Wahlbrief persönlich bei der auf dem Umschlag angegebenen Stelle abzugeben oder einzuwerfen. Stimmen die mit einem verspätet eingegangenen Wahlbrief abgegeben wurden, können nicht gezählt werden.

Damit die per Briefwahl abgegebenen Stimmen gezählt werden können ist es wichtig, dass die Stimmzettel persönlich gekennzeichnet werden, die ausgefüllten Stimmzettel in den jeweils dazugehörigen Stimmzettelumschlag gelegt werden und diese dann jeweils zugeklebt werden. Der Stimmzettelumschlag hat dieselbe Farbe wie der jeweils zugehörige Stimmzettel. Die Versicherung an Eides statt auf dem Wahlschein ausgefüllt und unterschrieben ist.

die verschlossenen Stimmzettelumschläge zusammen mit dem ausgefüllten und persönlich unterzeichneten Wahlschein im Wahlbriefumschlag liegen und dieser ebenfalls durch Zukleben verschlossen ist. Der Wahlbrief rechtzeitig an die auf dem Umschlag aufgedruckte Adresse geschickt oder dort abgegeben beziehungsweise eingeworfen wird.

Im Wahllokal

Am Wahltag sind die Wahllokale von 8:00 Uhr bis 18:00 Uhr geöffnet. Welches Wahllokal für Sie zuständig ist, steht gut sichtbar auf Ihrer Wahlbenachrichtigung. In der Regel liegt der Wahlraum in der Nähe Ihrer Hauptwohnung.

Bitte bringen Sie nach Möglichkeit die Wahlbenachrichtigung mit. Außerdem ist es sinnvoll, ein amtliches Ausweisdokument bereitzuhalten.

Wer tritt zur Kreistagswahl an?

Der Kreiswahlausschuss hat in seiner Sitzung am 16.01.2026 10 Wahlvorschläge mit 522 Bewerberinnen und Bewerbern für die Kreistagswahl des Kreises Offenbach am 15.03.2026 zugelassen, die hiermit gem. § 15 Abs. 4 des Kommunalwahlgesetzes (KWG) bekannt gegeben werden:

1. Christlich Demokratische Union Deutschlands – CDU; 87 Bewerber*innen
2. Alternative für Deutschland – AfD; 39 Bewerber*innen
3. Sozialdemokratische Partei Deutschlands – SPD; 70 Bewerber*innen
4. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – GRÜNE; 38 Bewerber*innen
5. Freie Demokratische Partei – FDP; 77 Bewerber*innen
6. FREIE WÄHLER – FREIE WÄHLER; 79 Bewerber*innen
7. Die Linke; 40 Bewerber*innen
8. FREIE LISTE – Nichtparteigebundene Einwohner Vertreter (FL-NEV); 44 Bewerber*innen
9. Partei für Arbeit, Rechtsstaat, Tierschutz, Elitenförderung und basisdemokratische Initiative – Die PARTEI; 19 Bewerber*innen
10. PARTEI MENSCH UMWELT TIERSCHUTZ – Tierschutzpartei; 29 Bewerber*innen

Wer tritt vor Ort an?

Stadt Dietzenbach (Stadtverordnete):

1. Christlich Demokratische Union Deutschlands; CDU
2. Alternative für Deutschland, AfD
3. Sozialdemokratische Partei Deutschlands; SPD
4. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, GRÜNE
5. Freie Demokratische Partei, FDP
6. Freie Wähler, FW
7. Die Linke, Die Linke

Stadt Dreieich (Kreistagswahl):

1. Christlich Demokratische Union Deutschlands, CDU
2. Alternative für Deutschland, AfD
3. Sozialdemokratische Partei Deutschlands, SPD
4. BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN, GRÜNE
5. Freie Demokratische Partei, FDP
6. Freie Wählergemeinschaft Dreieich, FWG Dreieich
7. Bürger für Dreieich, BfD
8. Die Linke, Die Linke

Gemeinde Egelsbach (Gemeinderat):

1. Christlich Demokratische Union Deutschlands; CDU
2. Sozialdemokratische Partei Deutschlands; SPD
3. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, GRÜNE
4. Freie Demokratische Partei, FDP
5. Wahlgemeinschaft Egelsbach, WEG

Gemeinde Hainburg (Gemeinderat):

1. Christlich Demokratische Union Deutschlands; CDU
2. Alternative für Deutschland, AfD
3. Sozialdemokratische Partei Deutschlands; SPD
4. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, GRÜNE
5. Freie Demokratische Partei, FDP
6. Freie Wähler, FW
7. Bürger für Hainburg, BfH

Stadt Heusenstamm (Stadtverordnete):

1. Christlich Demokratische Union Deutschlands; CDU
2. Alternative für Deutschland, AfD
3. Sozialdemokratische Partei Deutschlands; SPD
4. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, GRÜNE
5. Freie Demokratische Partei, FDP
6. Volt Deutschland, Volt

Wer tritt vor Ort an?

Stadt Langen (Stadtverordnete):

1. Christlich Demokratische Union Deutschland, CDU
2. Alternative für Deutschland, AfD
3. Sozialdemokratische Partei Deutschlands, SPD
4. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, GRÜNE
5. Freie Demokratische Partei, FDP
6. Freie Wähler Gemeinschaft- Nichtparteigebundene Einwohner Vertreter, FWG-NEV
7. Die Linke, Die Linke
8. Wählerinitiative Langen, WiLa
9. Unabhängige Wählervereinigung, UWFB/Freie Wähler

Gemeinde Mainhausen (Gemeinderat):

1. Christlich Demokratische Union Deutschlands, CDU
2. Alternative für Deutschland, AfD
3. Sozialdemokratische Partei Deutschlands, SPD
4. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, GRÜNE
5. Freie Demokratische Partei, FDP
6. Unabhängige Wählergemeinschaft, UWG

Stadt Mühlheim (Stadtverordnete):

1. Christlich Demokratische Union Deutschlands, CDU
2. Alternative für Deutschland, AfD
3. Sozialdemokratische Partei Deutschlands, SPD
4. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, GRÜNE
5. Freie Demokratische Partei, FDP
6. Bürger für Mühlheim, BfM
7. Die Partei, Die Partei
8. Bündnis für Innovation und Gerechtigkeit, BIG
9. dieBasis, die Basis

Stadt Neu-Isenburg (Stadtverordnete):

1. Christlich Demokratische Union Deutschlands, CDU
2. Alternative für Deutschland, AfD
3. Sozialdemokratische Partei Deutschlands, SPD
4. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, GRÜNE
5. Freie Demokratische Partei, FDP
6. Die Linke, Die Linke
7. Die Ysenburger

Stadt Obertshausen (Stadtverordnete):

1. Christlich Demokratische Union Deutschlands, CDU
2. Alternative für Deutschland, AfD
3. Sozialdemokratische Partei Deutschlands, SPD
4. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, GRÜNE
5. Freie Demokratische Partei, FDP
6. Bürger für Obertshausen, BfO

Stadt Rodgau (Stadtverordnete):

1. Christlich Demokratische Union Deutschlands, CDU
2. Alternative für Deutschland, AfD
3. Sozialdemokratische Partei Deutschlands, SPD
4. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, GRÜNE
5. Freie Demokratische Partei, FDP
6. Freie Wähler Rodgau, FW
7. Tierschutzpartei, Tierschutzpartei
8. Die Linke, Die Linke
9. Bündnis für Rodgau, BfR
10. Volt Deutschland, Volt

Stadt Rödermark (Stadtverordnete):

1. Christlich Demokratische Union Deutschlands, CDU
2. Alternative für Deutschland, AfD
3. Sozialdemokratische Partei Deutschlands, SPD
4. Freie Demokratische Partei, FDP
5. Andere Liste Rödermark, AL/Grüne
6. Freie Wähler Rödermark, FWR

Stadt Seligenstadt (Stadtverordnete):

1. Christlich Demokratische Union Deutschlands, CDU
2. Alternative für Deutschland, AfD
3. Sozialdemokratische Partei Deutschlands, SPD
4. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, GRÜNE
5. Freie Demokratische Partei, FDP
6. Freie Wähler Seligenstadt, FWS

Themenblock

Soziale Infrastruktur &

Gesundheit

Wie sichern Sie in Stadt und Kreis Offenbach die öffentliche Daseinsvorsorge und ein verlässliches Sozialbudget, und welche finanziellen Prioritäten setzen Sie, um Kürzungen bei sozialen Angeboten zu vermeiden?

Liste 1: CDU

Kürzungen im Sozialbudget sind auf Kreisebene in den letzten Jahren nicht erfolgt und es sind auch keine geplant.

Liste 3: SPD

Die ausreichende finanzielle Ausstattung der Kommunen ist Aufgabe von Bund und Land. Eine konsequente Vermögens- und Erbschaftsbesteuerung kann zusätzliche Spielräume schaffen. Trotz struktureller Unterfinanzierung sind die sozialen Angebote im Kreis auskömmlich ausgestattet. Es konnte sogar eine flächendeckende Schulsozialarbeit, auch an Grundschulen, eingeführt werden.

Liste 4: Bündnis90/Die Grünen

Im Kreis Offenbach sehen wir Soziales als Kernaufgabe. Finanzielle Spielräume schaffen wir durch ein zentrales Fördermittel-Management und eine genaue Personalbedarfs-ermittlung, damit wir mit bedarfsgerechter Einsatzplanung ohne Personalzuwachs alle Aufgaben meistern. Investitionen in Schulen, ÖPNV und mehr sichern wir über grüne Finanzierungen wie Green Bonds - entsprechende Anträge haben wir eingebracht und werden dies weiterverfolgen.

Liste 5: FDP

Liste 6: Freie Wähler

Wir FREIE WÄHLER setzen im Kreis Offenbach angesichts des Defizits einen verbindlichen Prioritätenkatalog im Haushalt durch: Pflichtaufgaben vor freiwilligen Projekten. Neue Vorhaben nur mit belastbarem Kosten-, Zeit- und Folgekostenplan. Jährliche Aufgabenkritik in allen Dezernaten. Transparente Steuerung des Sozialtats. Konnexität wird konsequent gegenüber Land und Bund eingefordert.

Liste 7: Die Linke

Das Sozialbudget ist nicht ausreichend, um für soziale Sicherheit der Bürger*innen im Kreis zu sorgen. Wir wollen eine starke öffentliche Daseinsvorsorge statt Privatisierung von Gesundheit und Pflege. Dafür müssen Bund und Land Geld zur Verfügung stellen, das von den Überreichen, die von den Krisen der letzten Jahre profitiert haben, durch Steuern abgeschöpft werden kann.

Liste 8: Freie Liste / NEV

Liste 9: DIE PARTEI

Gegenfrage: Wer hat sich denn den Quatsch ausgedacht?

Liste 10: Tierschutzpartei

Wir sichern die Daseinsvorsorge, indem wir soziale Leistungen als feste Priorität im Haushalt verankern. Durch eine effiziente Verwaltung, die gezielte Nutzung von Fördermitteln, Prävention statt Folgekosten und eine stärkere lokale Wirtschaft vermeiden wir Kürzungen und halten das Sozialbudget verlässlich.

Wie wollen Sie Sozial-, Bildungs- und Freizeiteinrichtungen in allen Quartieren barrierefrei ausbauen und Begegnungs- wie Beratungsangebote stärken?

Liste 1: CDU

Sofern Schulgebäude noch nicht barrierefrei sind, erfolgen entsprechende Nachrüstungen, sobald ein Bedarf entsteht.

Liste 3: SPD

Trotz der angespannten Finanzlage hat der Erhalt der Begegnungs- und Beratungsstellen mit derzeit überwiegend guter Ausstattung höchste Priorität. Mit dem Träger des Frauenhauses werden Gespräche über eine Erweiterung der Plätze im Sinne der Istanbul-Konvention geführt. Der Ausbau der Barrierefreiheit liegt vorrangig bei Städten und Gemeinden und ist bei Sanierungen sicherzustellen, sowie bei Neubauten verpflichtend umzusetzen.

Liste 4: Bündnis90/Die Grünen

Hier muss man zwischen kommunalen Aufgaben und denen des Kreises differenzieren. Wir stärken Barrierefreiheit und Teilhabe durch die Einrichtung eines Inklusionsbeirats im Kreis als ständiges Gremium. Er bündelt in- und externe Expertise, berät Kreistag, Verwaltung und Kommunen, koordiniert Fachstellen und begleitet den barrierefreien Ausbau von Sozial-, Bildungs- und Freizeiteinrichtungen.

Liste 5: FDP

Liste 6: Freie Wähler

Barrierefreiheit an kreiseigenen Schulen und Verwaltungsgebäuden wird schrittweise im Rahmen laufender Sanierungen umgesetzt. Investitionen werden priorisiert nach Dringlichkeit und Haushaltslage. Formulare stellt der Kreis in leichter Sprache bereit. Digitale Anträge werden ausgebaut, persönliche und telefonische Erreichbarkeit bleibt gesichert, ohne neue Verwaltungsstrukturen aufzubauen.

Liste 7: Die Linke

Wir werden die Gründung einer Beratungsstelle für Inklusion und barrierefreien Umbau des öffentlichen Raums vorschlagen, die Unternehmen und Vereine berät. Diese für Außerdem setzen wir uns für einen Kreis-Beirat für Menschen mit Behinderung ein.

Liste 8: Freie Liste / NEV

Liste 9: DIE PARTEI

Wir installieren Rampen

Liste 10: Tierschutzpartei

Wir setzen auf verbindliche Barrierefreiheitsstandards, gezielte Investitionen in Bestandsgebäude, inklusive Stadtplanung. Quartierszentren werden ausgebaut und besser vernetzt, mobile Beratungsangebote gestärkt und Träger langfristig finanziert, damit Begegnung, Bildung und Unterstützung in allen Stadtteilen zugänglich sind.

Wie wollen Sie dem Zuwachs an Vereinsamung sowie psychischen Erkrankungen in Stadt und Kreis Offenbach lebender Menschen begegnen?

Liste 1: CDU

Durch die Leitstelle Älterwerden begegnet der Kreis u. a. der Vereinsamung älterer Menschen. Das Angebot an Psychosozialen Kontakt- und Beratungsstellen sowie das Angebot des Sozialpsychiatrischen Dienstes wird aufrechterhalten.

Liste 3: SPD

Die Verzahnung mit bestehenden Strukturen wie Religionsgemeinschaften, Vereinen oder Selbsthilfegruppen ist sinnvoll, da dort häufig bereits geeignete Räume und gewachsene Netzwerke vorhanden sind. Wir stärken psychosoziale Beratung z.B. durch den Sozialpsychiatrischen Dienst des Gesundheitsamtes, bieten durch die Stiftung Lebensräume Beratung und Wohnangebote. Das Suchthilfezentrum Wildhof berät bei Suchtproblemen.

Liste 4: Bündnis90/Die Grünen

Der Vereinsamung treten wir mit der Stärkung des Ehrenamts auf kommunaler Ebene entgegen - die zahlreichen Vereine im Kreis leisten hier wertvolle Arbeit. Weiterhin setzen wir uns für den Ausbau der psychologischen Versorgung ein - insbesondere im Bereich der Gewaltprävention. Der Kreis muss psychosoziale Versorgungsstrukturen, Selbsthilfe und Prävention stärken. Psychische Gesundheit sehen wir als wichtige Aufgabe.

Liste 5: FDP

Liste 6: Freie Wähler

Vorhandene Mittel im Jugend- und Gesundheitsbereich werden stärker auf Prävention ausgerichtet. Schulsozialarbeit wird innerhalb bestehender Budgets priorisiert. Kreisjugendamt, Gesundheitsamt und Beratungsstellen arbeiten verbindlich vernetzt mit regelmäßigen Abstimmungen. Bestehende Förderprogramme für Mehrgenerationenangebote werden gezielt gebündelt statt ausgeweitet.

Liste 7: Die Linke

Wir wollen Kultur- und Sozialangebote stärken, die sich auch von Armut und/oder psychischer Krankheit betroffene Menschen leisten können. Dazu braucht es vor allem wohnortnahe Initiativen, die Menschen zusammenbringen und unkomplizierte gesundheitliche Hilfen anbieten.

Liste 8: Freie Liste / NEV

Liste 9: DIE PARTEI

Endlich eine vernünftige Frage!

Liste 10: Tierschutzpartei

Wir stärken niedrigschwellige psychosoziale Angebote, Quartiersarbeit und offene Treffpunkte gegen Einsamkeit. Prävention an Schulen, mehr Beratung, aufsuchende Hilfen und bessere Versorgung im Bereich psychische Gesundheit sehen wir als zentral an. Ehrenamt, Vereine und Nachbarschaften möchten wir gezielt fördern und vernetzen.

Wie stellen Sie eine wohnortnahe Gesundheitsversorgung mit wirksamer Gesundheitsprävention und ausreichenden Not- und Kurzzeitplätzen in der Pflege sicher?

Liste 1: CDU

Durch die strategische Partnerschaft mit dem Krankenhausträger Asklepios konnten beide Standorte erhalten und ausgebaut werden (u. a. Psychiatrie in Langen/Psychiatrische Tagesklinik in Seligenstadt). Für Kinder- und Jugendliche gibt es eine Tagesklinik in Dietzenbach sowie den Lernstern.

Liste 3: SPD

Durch finanzielle Anreize möchten wir für potentielle Nachfolger ausscheidender Ärzte attraktiv sein. Wohnortnahe Beratungsangebote in den Kommunen arbeiten eng mit dem Pflegestützpunkt, welcher um eine zusätzliche halbe Stelle aufgestockt werden soll, zusammen. Gemeinsam setzen sie sich für eine wohnortnahe Gesundheitsversorgung ein. Gesundheitsprävention erfolgt durch vernetzte Beratungsstellen... [hier wurde gekürzt]

Liste 4: Bündnis90/Die Grünen

Die Leitstelle Älterwerden wollen wir weiter stärken und als zentrale Koordinierungsstelle ausbauen. Eine systematische Bedarfsermittlung für Pflegeplätze sowie eine zentrale Erfassung von Angebot und Bedarf schaffen Transparenz und Planungssicherheit. Wir wollen ein Tele-Notarzt-System (vgl. MKK) einführen, die Rettungsdienste stärken und mit Kommunen im Modellprojekt „Mobile Reha“ Pflegebedürftigkeit vorbeugen. Hospizangebote wollen wir fördern.

Liste 5: FDP

Liste 6: Freie Wähler

Die kreisliche Pflegeberatung wird organisatorisch gestärkt, ohne zusätzliche Stellen zu schaffen. Bedarfsanalysen zu Kurzzeit- und Notpflege erfolgen regelmäßig und werden veröffentlicht. Ein Hitzeschutzplan für kreiseigene Liegenschaften wird im Rahmen bestehender Investitionen umgesetzt. Beratung für Angehörige wird digital und telefonisch besser koordiniert.

Liste 7: Die Linke

Krankenhäuser gehören wieder in die öffentliche Hand und es muss eine solidarische Gesundheits- und Pflegeversicherung geben, in die wir alle einzahlen. Wir befürworten den Ausbau der Pflegeberatung von Seiten des Kreises. Diese sollen zur Schaffung von Transparenz und Aufklärung über die Pflegeangebote beitragen.

Liste 8: Freie Liste / NEV

Liste 9: DIE PARTEI

Das überlegen wir uns wenn es soweit ist

Liste 10: Tierschutzpartei

Wir stärken wohnortnahe Gesundheitszentren (zB. durch Bereitstellung städtischer Räume, Vernetzung, Anreize etc.), fördern Haus- und Fachärzt*innen sowie Prävention in Kitas, Schulen und Quartieren. Pflegeplätze sichern wir durch kommunale Planung, bessere Arbeitsbedingungen, Kurzzeit- und Notfallpflege sowie die Unterstützung gemeinwohlorientierter Träger.

Themenblock

Wohnen

Mit welchen Konzepten wollen Sie bezahlbaren Wohnraum erweitern und Wohnungslosigkeit, einschließlich verdeckter Obdachlosigkeit, wirksam reduzieren?

Liste 1: CDU

Der Kreis hat Symposien mit den Städten und Gemeinden durchgeführt, die Bedarfe ermittelt und den Kommunen bei der Entwicklung von Wohnbaugebieten planungsrechtliche Hilfestellung gegeben.

Liste 4: Bündnis90/Die Grünen

Wir sehen nicht nur die Kommunen, sondern auch den Kreis in der Verantwortung. Daher streben wir die Gründung einer kreiseigenen Wohnungsbaugesellschaft für bezahlbaren und nachhaltigen Wohnraum an, etwa durch ökologische Holzmodulbauweise. Ergänzend sollen in regelmäßigen Foren „Bauen und Wohnen der Zukunft“ Akteur*innen aus Politik, Kommunen, Wohnungswirtschaft und Verbänden zusammenkommen, um Lösungen für Wohnraummangel, Klimawandel, demografische Veränderungen und neue Wohnformen zu entwickeln. Wohnen ist ein soziales Grundrecht.

Liste 6: Freie Wähler

Der Kreis koordiniert die 13 Kommunen stärker beim sozialen Wohnungsbau und nutzt Förderprogramme systematisch. Ein Leerstandsüberblick wird gemeinsam mit Städten erstellt. Mindeststandards für Unterkünfte werden kreisweit abgestimmt. Frühzeitige Abstimmung zwischen Pro Arbeit und Sozialamt soll Wohnungsverlust möglichst verhindern.

Liste 8: Freie Liste / NEV

Liste 10: Tierschutzpartei

Wir setzen auf kommunalen+gemeinwohlorientierten Wohnungsbau, Vorkaufsrechte, Begrenzung von Leerstand und Mietwucher sowie Zweckentfremdungsverbot. Wohnungslosigkeit bekämpfen wir durch Prävention, mehr Beratung und dauerhaft bezahlbaren Wohnraum mit Privatsphäre, Bad, Küche, sicherer Lage+sozialer Betreuung (housing first)

Liste 3: SPD

Grundsätzlich möchten den Anteil an Wohnraum in öffentlicher Hand deutlich vergrößern. Das Thema Wohnungsbau inklusive Ausweisung von Wohnbauflächen liegt bei den Städten und Gemeinden des Landkreises. Von Seiten des Kreisbauamtes kann hier nur eine minimale Hilfestellung erfolgen.

Liste 5: FDP

Liste 7: Die Linke

Wir fordern die Gründung einer Kreiswohnungsbaugesellschaft, die den sozialen Wohnungsbau vorantreiben soll. Diese soll auch gezielte Aufklärungsarbeit betreiben, um bei verdeckter Obdachlosigkeit auf die Möglichkeit einer eigenen Sozialwohnung hinzuweisen.

Liste 9: DIE PARTEI

Wir gucken was die CDU will und machen dann das Gegenteil

Wie wollen Sie gegen Mietwucher und die Verwahrlosung von Immobilien durch mangelnde Instandhaltung vorgehen?

Liste 1: CDU

Der Kreis Offenbach hat einen Mietspiegel erstellen lassen, der maßgeblich für die Sozialhilfeleistungen ist. Durch enge Zusammenarbeit zwischen Bauaufsicht und den Städten und Gemeinden wird der Verwahrlosung von Immobilien begegnet.

Liste 3: SPD

Die Schaffung von zusätzlichem Wohnraum wird langfristig Mietwucher eindämmen. Wohnraum im öffentlichen Eigentum muss regelmäßig und konsequent durch die Städte und Gemeinden in Stand gehalten werden.

Liste 4: Bündnis90/Die Grünen

Hier liegt die Verantwortlichkeit bei den Städten und Gemeinden. Gleichwohl kann der Kreis die Kommunen bei Instrumenten gegen überhöhte Mieten unterstützen; kreisweite Koordination/Best-Practice, Datenbasis zu Mieten/Beständen verbessern und den Druck auf Bund/Land für wirksame Regeln erhöhen.

Liste 5: FDP

Liste 6: Freie Wähler

Bauaufsicht, Gesundheitsamt und Ordnungsbehörden arbeiten bei Problemimmobilien enger zusammen. Kontrollen werden innerhalb bestehender Zuständigkeiten gebündelt. Rechtliche Möglichkeiten wie Bußgelder werden konsequent genutzt. Eine zentrale Ansprechstelle beim Kreis koordiniert Hinweise und leitet sie an zuständige Kommunen weiter.

Liste 7: Die Linke

Bezahlbarer Wohnraum ist ein Grundrecht. Deshalb wollen wir die Rechte von Mieter*innen stärken und den Nachweis von Mietwucher vereinfachen. Mieter, die ihren Instandhaltungspflichten nicht nachkommen, wollen wir stärker sanktionieren.

Liste 8: Freie Liste / NEV

Liste 9: DIE PARTEI

Vonovia enteignen

Liste 10: Tierschutzpartei

Durch konsequente Kontrolle und Durchsetzung der Mietpreisbremse, Bußgelder bei überhöhten Mieten und Zweckentfremdungsverbot. Bei vernachlässigten Immobilien fordern wir Instandhaltungspflichten, Förderungen für Sanierung, kommunales Eingreifen bei Leerstand und Unterstützung gemeinwohlorientierter Eigentümer*innen.

Wie unterstützen Sie den Bau von Azubiwohnheimen und unter welchen Bedingungen würden Sie diese betreiben?

Liste 1: CDU

Durch Beratung von Bauherren zu Fördermöglichkeiten.

Liste 3: SPD

Die Schaffung von Wohnraum ist den Kreisen grundsätzlich als Aufgabe entzogen. Dies ist Aufgabe der Städte und Gemeinden. Daher kann der Kreis diese Idee nicht nachverfolgen.

Liste 4: Bündnis90/Die Grünen

Wir haben bei Treffen mit Vertretern der Wirtschaft mehrfach über dieses wichtige Thema gesprochen - der Bedarf ist klar da. Wir werden die Kommunen bei der Schaffung von Wohnraum für Studierende/Azubis gezielt unterstützen. Im Rahmen einer kreiseigenen Wohnungsbaugesellschaft könnte man auch eigene Projekte realisieren. Einen Betrieb dieser in Eigenregie können wir uns nicht vorstellen, würden aber über die Wirtschaftsförderung des Kreises nach geeigneten Partnern suchen.

Liste 5: FDP

Liste 6: Freie Wähler

Der Kreis prüft im Rahmen der Kreisentwicklung geeignete Flächen oder Bestandsgebäude für Azubiwohnen. Genehmigungsverfahren werden mit Kommunen abgestimmt und beschleunigt. Voraussetzung sind tragfähige Betreiberkonzepte, faire Mieten und gute ÖPNV-Anbindung. Fördermittel von Land und Bund werden gezielt eingebunden.

Liste 7: Die Linke

Azubiwohnheime sind für uns eine Art des sozialen Wohnungsbaus. Die Kreis-Wohnungsbaugesellschaft wird sich bei genügend Bedarf auch um ihren Bau kümmern.

Liste 8: Freie Liste / NEV

Liste 9: DIE PARTEI

Oh es geht mal um Leute die was richtiges lernen! Nicht nur um Akademiker

Liste 10: Tierschutzpartei

Durch städtische Flächen, Fördermittel und Kooperationen mit Kammern und Trägern kann der Bau unterstützt werden. Wohnheime werden bezahlbar, barrierefrei und sozial betreut betrieben -nicht gewinnorientiert-, mit Gemeinschaftsflächen, sicherer Infrastruktur und Unterstützung für Ausbildung, Integration ins Quartier und soziale Vernetzung der Auszubildenden.

Mit welchen Maßnahmen wollen Sie die Schaffung von inklusivem Wohnraum fördern, um den Bedarf nach barrierearmem Wohnraum zu decken?

Liste 1: CDU

Beratung zu entsprechenden Fördermitteln durch den Kreis.

Liste 3: SPD

Ein gesondertes Förderprogramm von Seiten des Kreises wird es nicht geben. Die städtischen Wohnungsgesellschaften sollten die Barrierefreiheit bei der Planung bereits mitberücksichtigen.

Liste 4: Bündnis90/Die Grünen

Wir würden das Ziel einer bestmöglichen Barrierefreiheit als Standard in einer kreiseigenen Wohnungsbaugesellschaft etablieren sowie Städte und Gemeinden bei eigenen Projekten unterstützen. Über das von uns vorgeschlagene Fördermanagement stellen wir sicher, dass hier alle sinnvollen Fördermittel genutzt werden; der von uns geforderte Inklusionsbeirat wirkt bei Planung/Standards mit.

Liste 5: FDP

Liste 6: Freie Wähler

Wir FREIE WÄHLER fordern, dass bei allen Wohnprojekten mit Kreisbezug Barrierefreiheit verbindlicher Standard wird. Der Kreis soll seine Beteiligungen entsprechend ausrichten und Kommunen aktiv bei der Nutzung von Landes- und Bundesförderprogrammen für barrierearme Umbauten beraten. Eigene Neubauförderprogramme lehnen wir angesichts der Haushaltslage ab.

Liste 7: Die Linke

Alle von der Kreiswohnungsbaugesellschaft gebauten Wohnungen müssen barrierearm errichtet werden.

Liste 8: Freie Liste / NEV

Liste 9: DIE PARTEI

Mit einem Bagger

Liste 10: Tierschutzpartei

Wir fördern inklusiven Wohnraum durch verbindliche Barrierefreiheitsstandards, gezielte Fördermittel für barrierearme Wohnungen, Anpassung bestehender Bestände, Anreize für Investoren und genossenschaftliche Projekte sowie enge Abstimmung mit Sozial- und Pflegeeinrichtungen, um Wohnraum für Menschen mit unterschiedlichen Bedürfnissen zu sichern.

Themenblock

Gute Arbeit, Tarifbindung & soziale Sicherung

Welche sozialen und / oder ökologischen Vergabekriterien sollen bei der Vergabe öffentlicher Aufträge angewandt werden? Wollen Sie in diesem Zusammenhang die Tarifbindung verankern?

Liste 1: CDU

Die aktuell in Vorbereitung befindliche Reform des Hessischen Vergabe- und Tariftreuegesetz ist hierfür der richtige Rahmen. Darüber hinaus erfolgen konsequent Investitionen in die kreiseigenen Gebäude zur Reduzierung des Energiebedarfs. Der Kreis Offenbach ist Fairtrade-Kreis.

Liste 3: SPD

Es sollte darauf geachtet werden, dass bei öffentlichen Aufträgen verbindliche soziale und ökologische Kriterien gelten: faire Löhne, gute Arbeitsbedingungen, Gleichstellung sowie Umwelt- und Klimaschutz, Ressourceneffizienz und Nachhaltigkeit. Die Tarifbindung soll verankert werden, um Lohndumping zu verhindern und gute Arbeit zu sichern - jedoch regelt die Vergabekriterien das Land Hessen.

Liste 4: Bündnis90/Die Grünen

Bei öffentlichen Vergaben sehen wir Aspekte wie Tariftreue, faire Löhne, Gleichstellung und Ausbildungsstandard als verbindlich. Zusätzlich schaffen wir ökologische Kriterien zu Klima- und Ressourcenschutz sowie zu fairen Lieferketten und möglichst regionaler Wertschöpfung. Die Einhaltung dieser sozialen und ökologischen Standards wird konsequent kontrolliert und bei Verstößen sanktioniert.

Liste 5: FDP

Liste 6: Freie Wähler

Die Vergaberichtlinien des Kreises Offenbach werden so angepasst, dass Tariftreue, Qualität und Lebenszykluskosten stärker gewichtet werden. Regionale Betriebe werden bei gleicher Eignung berücksichtigt. Vertragsstrafen bei Schlechtleistung werden konsequent angewandt, um Folgekosten für den Kreishaushalt zu vermeiden.

Liste 7: Die Linke

Wir werden bei öffentlichen Aufträgen darauf achten, dass diese nach strengen sozialökologischen Kriterien vergeben werden. Zudem müssen die Arbeiten selbstverständlich nach Tarif bezahlt werden.

Liste 8: Freie Liste / NEV

Liste 9: DIE PARTEI

Wisst ihr denn selbst was ihr mit dieser Frage meintet?

Liste 10: Tierschutzpartei

Unternehmen, die faire Löhne zahlen, tarifgebunden sind, sichere Arbeitsbedingungen bieten und Diversität fördern, sollen bevorzugt werden. Gleichzeitig müssen sie Umweltstandards umsetzen, energieeffizient, ressourcenschonend, abfallarm und CO₂-reduziert arbeiten.

Wie wollen Sie gute Arbeitsbedingungen in den Verwaltungen sichern, insbesondere mit Blick auf Personalbemessung, Entlastung und Vereinbarkeit von Beruf und Familie?

Liste 1: CDU

Die Kreisverwaltung trägt das Gütesiegel „Familienfreundlicher Arbeitgeber“ Hessen und gewährt flexible Home-Office und Teilzeitregelungen.

Liste 3: SPD

Für den Landkreis gehören moderne Arbeitsplätze, flexible Arbeitszeiten und Homeoffice dazu. Um auch qualitativ gute Ergebnisse erzielen zu können, muss die Personalbemessung auskömmlich sein. Dies setzt auch Ausbildung von Fachkräften voraus. Ein guter Austausch mit den Personalvertretungen ist für uns eine Selbstverständlichkeit, obliegt aber letztlich der Behördenleitung.

Liste 4: Bündnis90/Die Grünen

Gute Arbeitsbedingungen sichern wir durch realistische Personalbemessung, Gesundheitsmanagement und flexible Arbeitsmodelle. Digitalisierung soll Beschäftigte entlasten und die Vereinbarkeit von Beruf und Familie verbessern, Ziel muss eine grundlegende Modernisierung der Kreisverwaltung sein. Alle Veränderungen wollen wir in enger Zusammenarbeit mit den Personalvertretungen realisieren.

Liste 5: FDP

Liste 6: Freie Wähler

Neue Stellen lehnen wir bei angespannter Haushaltslage ab. Aufgaben und Prozesse werden kritisch überprüft, Doppelstrukturen abgebaut. Digitale Antragstellung über das Serviceportal wird ausgeweitet. Ein jährlicher Bericht an den Kreistag schafft Transparenz über Stellenentwicklung und Effizienzgewinne.

Liste 7: Die Linke

Im Vergleich mit anderen Arbeitsbedingungen bewerten wir die Arbeit in der Verwaltung des Kreises als positiv. Wir treten zudem für folgende Verbesserungen ein: Wir sind gegen Stellenkürzungen in den Verwaltungen und setzen auf flexible Arbeitszeit- und Home-Office-Modelle. Außerdem treten wir für einen starken, unabhängigen und ausfinanzierten Personalrat ein.

Liste 8: Freie Liste / NEV

Liste 9: DIE PARTEI

Wo ist Frage 3.2?

Liste 10: Tierschutzpartei

Wir sichern gute Arbeitsbedingungen in den Verwaltungen durch bedarfsgerechte Personalbemessung, um Überlastung zu vermeiden, gezielte Entlastung durch Digitalisierung und Prozessoptimierung sowie flexible Arbeitszeiten, Homeoffice und familienfreundliche Angebote. Weiterbildung und Gesundheitsförderung runden das Konzept ab.

Wie verbessern Sie den Zugang zu sozialen Sicherungssystemen, damit Menschen ihre Ansprüche unkompliziert und ohne Hürden wahrnehmen können?

Liste 1: CDU

Durch den Ausbau der Online-Dienste sowie die Aufrechterhaltung der drei Beratungszentren.

Liste 3: SPD

Die Beantragung von Leistungen muss unkompliziert möglich sein. Es sollen nur Unterlagen angefordert werden, die für die Leistungsgewährung erforderlich sind. Digitale Angebote sind selbstverständlich. Künftig wird der Einsatz von KI bei der Antragsbearbeitung helfen und diese verkürzen. Der Mensch muss aber im Mittelpunkt bleiben und jeder Einzelfall weiter individuell betrachtet werden.

Liste 4: Bündnis90/Die Grünen

Wir erleichtern den Zugang zu sozialen Sicherungssystemen durch einfache und weitgehend digitale Antragsverfahren, mehrsprachige Beratung und zentrale Anlaufstellen, damit Ansprüche schnell und ohne Hürden wahrgenommen werden können.

Liste 5: FDP

Liste 6: Freie Wähler

Formulare des Kreis-Sozialamts werden vereinfacht und verständlich gestaltet. Digitale Anträge werden weiterentwickelt, ohne persönliche Beratung abzubauen. Klare interne Fristen sollen Bearbeitungszeiten verkürzen. Mobile Beratung erfolgt im Rahmen bestehender Angebote in Kooperation mit Kommunen.

Liste 7: Die Linke

Die Antragsformulare müssen in einfacher Sprache und in verschiedenen Sprachen zugänglich gemacht werden. Wir wollen eine leichte Verfügbarkeit der Anträge online, schriftlich und per Post. Bei Beratungsgesprächen sollte auch eine Übersetzung möglich sein.

Liste 8: Freie Liste / NEV

Liste 9: DIE PARTEI

Wir machen ihn barrierefrei und so

Liste 10: Tierschutzpartei

Der Zugang zu sozialen Sicherungssystemen soll durch digitale Antragsmöglichkeiten, barrierefreie Beratungsstellen, mehr und gut geschulte Mitarbeitende, in möglichst vielen Sprachen, mobile Angebote in Quartieren und eine enge Vernetzung von Ämtern und sozialen Trägern gelingen, damit Menschen ihre Ansprüche einfach, schnell und ohne Hürden wahrnehmen können.

Wie gestalten Sie Erreichbarkeit und Digitalisierung der Ämter so, dass Verwaltungsleistungen gut zugänglich sind und niemand aufgrund fehlender technischer oder sprachlicher Ressourcen ausgeschlossen wird?

Liste 1: CDU

Die Kreisverwaltung gewährleistet auch bei fortschreitender Digitalisierung eine persönliche Beratung im Bürgerbüro und den Fachdiensten.

Liste 3: SPD

Es wird weiterhin verschiedene Zugangswege zu allen Kreisämtern geben. Das digitale Angebot muss stetig ausgebaut werden, ohne den direkten Kontakt zur Sachbearbeitung seitens der Verwaltung zu regulieren. Für alle Menschen, die nicht digital ihre Anträge stellen können und möchten, bleibt der Weg über das Papier offen.

Liste 4: Bündnis90/Die Grünen

Verwaltungsleistungen müssen digital ohne Medienbrüche, barrierefrei und verständlich angeboten werden. Gleichzeitig sichern wir analoge Zugänge und persönliche Beratung, damit niemand wegen technischer oder sprachlicher Hürden ausgeschlossen wird.

Liste 5: FDP

Liste 6: Freie Wähler

Wir FREIE WÄHLER fordern, das Serviceportal des Kreises Offenbach konsequent auszubauen und digitale Anträge mit verbindlicher Terminbuchung anzubieten. Persönliche und telefonische Ansprechpartner in allen Ämtern müssen erhalten bleiben. Formulare sind verständlich, mehrsprachig und in leichter Sprache bereitzustellen. Hilfe bei Online-Anträgen erfolgt über bestehende Service-Points.

Liste 7: Die Linke

Alle Dienstleistungen müssen vor Ort und digital beantragbar sein. Die Mitarbeiter müssen stärker im digitalen Bereich geschult werden, damit sie für einfache Sprache und dem Abbau technischer Barrieren sorgen können.

Liste 8: Freie Liste / NEV

Liste 9: DIE PARTEI

Es können auch mal andere was vernünftiges machen!

Liste 10: Tierschutzpartei

Wir gestalten Ämter digital und vor Ort barrierefrei, mit mehrsprachigen Online-Anträgen, leicht verständlichen Formularen, persönlicher Unterstützung, mobilen Beratungsteams und Schulungen für Mitarbeitende. So bleiben Verwaltungsleistungen zugänglich, und niemand wird aufgrund fehlender Technik oder Sprachkenntnisse ausgeschlossen.

Themenblock

Bildung, Kultur, Jugend &

Teilhabe

Wie sichern und stärken Sie Kinder- und Jugendangebote sowie offene Jugendarbeit insbesondere in sozial benachteiligten Quartieren?

Liste 1: CDU

Eine Kürzung bei den zahlreichen Projekten ist nicht vorgesehen. Seit vielen Jahren werden die Schulen für den Ganzttag geöffnet. Der Kreis unterstützt die Städte und Gemeinden bei den Investitionen, um die Anforderungen für den Rechtsanspruch auf die Ganztagsförderung zu erfüllen.

Liste 3: SPD

Die Jugendförderung des Kreises unterstützt in Abstimmung mit den Kommunen die Arbeit vor Ort. Die Zuschüsse für die Träger sollen beibehalten werden. Die Schulsozialarbeit ist an allen Schulen weiter zu etablieren und bei Bedarf auszubauen. Seit dem Jahr 2018 existiert das Kreisjugendforum, das Förderempfehlungen für Jugendprojekte im Kreisgebiet gibt und dabei über ein jährliches Budget von bis zu 40.000 Euro mitbestimmen kann.

Liste 4: Bündnis90/Die Grünen

Der Kreis ist Träger der Jugendhilfe und soll gemeinsam mit den entsprechenden Trägern die Jugendsozialarbeit und Prävention ausbauen, Kapazitäten für Inobhutnahmen erhöhen und Beteiligung junger Menschen in kreisweiten Gremien stärken. Ebenso soll er die Städte und Gemeinden stärker bei diesen Aufgaben unterstützen.

Liste 5: FDP

Liste 6: Freie Wähler

Bestehende Fördermittel für offene Jugendarbeit werden verlässlich geplant statt ständig neu aufgelegt. Schulsozialarbeit an Kreisschulen wird innerhalb des Budgets nach Bedarf priorisiert. Kooperationen mit Betrieben im Kreis stärken Übergänge in Ausbildung ohne zusätzliche Verwaltungsstrukturen.

Liste 7: Die Linke

Wir wollen kulturelle Freiräume und Jugendzentren insbesondere für Jugendliche in sozial benachteiligten Quartieren schaffen. Auch befürworten wir einen Ausbau der Schulsozialarbeit und psychologischer Beratungsangebote.

Liste 8: Freie Liste / NEV

Liste 9: DIE PARTEI

CDU verbieten!

Liste 10: Tierschutzpartei

Dafür braucht es eine ausreichende und regelmäßige Finanzierung, Ausbau von Jugendzentren und Quartiersprojekten, qualifiziertes Personal, flexible Öffnungszeiten und niedrigschwellige Angebote. Besonders in sozial benachteiligten Quartieren sollte Beratung, Freizeit, Bildung und Partizipation gefördert werden, um soziale Teilhabe zu sichern.

Welche qualitativen und personellen Standards in Kitas und bei der Umsetzung des Ganztagsanspruchs an Grundschulen wollen Sie festschreiben und finanzieren?

Liste 1: CDU

Die ist Thema der Städte und Gemeinden. Der Kreis unterstützt, indem die Schulen hierfür geöffnet werden.

Liste 4: Bündnis90/Die Grünen

Wir wollen gute Betreuung und gute Arbeitsbedingungen verbindlich absichern. Dafür brauchen Kitas und Ganztagsangebote ausreichend Personal, realistische Betreuungsschlüssel, feste Teams und Zeit für Vorbereitung und Gespräche. Ganztags muss mehr sein als „Aufbewahrung“, nämlich ein verlässliches Bildungs- und Freizeitangebot für alle Kinder. Der Kreis soll die Kommunen koordinierend unterstützen, Fachkräfte sichern und für einheitliche Qualitätsstandards sorgen. Über das von uns geforderte Fördermittelmanagement, das wir als Dienstleistung auch den Kommunen bereitstellen wollen, wird die Finanzierung unterstützt.

Liste 6: Freie Wähler

Wir FREIE WÄHLER fordern, dass Sanierungen der Kreisschulen nach einem priorisierten Investitionsplan erfolgen und der Schulentwicklungsplan stets aktuell gehalten wird. IT-Betreuung wird effizient organisiert. Ganztagsausbau erfolgt nur bei gesicherter Finanzierung von Räumen und Betriebskosten. Projekte mit klarer Kostenkontrolle umsetzen.

Liste 8: Freie Liste / NEV

Liste 10: Tierschutzpartei

Uns sind folgende Standards wichtig: Qualitative Standards wie Bildungs- und Förderkonzepte, Lernmaterialien, Raumgestaltung, Sprach- und Sozialförderung, pädagogische Leitlinien. Personelle Standards wie Fachkraft-Kind-Verhältnis, Qualifikation, Fortbildung, Kontinuität und Supervision

Liste 3: SPD

Der Betrieb der Kinderbetreuungseinrichtungen ist Aufgabe der Kommunen. An den meisten Grundschulen koordiniert und organisiert die kreiseigene GiP (Ganztagsbetreuung im Pakt) die Betreuung. Der flächendeckende Einsatz der GiP im Landkreis wird zukünftig angestrebt. Die paritätische Finanzierung von baulichen Erweiterungen im Bereich Ganztags und Betreuung zwischen Kreis und Kommunen wollen wir beibehalten.

Liste 5: FDP

Liste 7: Die Linke

Für gute Kitas braucht es gut ausgebildete Erzieher*innen, doch den Kitas fehlt es an Fachkräften. Deshalb muss der Erzieher*innenberuf attraktiver gemacht und stärker für ihn geworben werden. Nicht nur der zu niedrige Lohn ist dafür ein Hindernis, sondern auch die zu hohe Arbeitsbelastung. Dafür braucht es einen besseren Personalschlüssel.

Liste 9: DIE PARTEI

Alle!!

Wie wollen Sie Bildungsgerechtigkeit herstellen, damit Herkunft und Einkommen der Eltern nicht länger über Bildungs- und Zukunftschancen von Kindern und Jugendlichen entscheiden?

Liste 1: CDU

Durch Werbung für das Bildungs- und Teilhabepaket und Beratung bzw. Unterstützung hierzu.

Liste 3: SPD

Durch einfache und unkomplizierte Antragsverfahren sollte der Zugang zu den verschiedenen Leistungen und Angeboten erleichtert werden. Ganztagsangebote an Schulen und individuelle Hilfsangebote zur Förderung etwa der Sprachkompetenz helfen sowohl beim Erwerb von schulischer und sozialer Kompetenz, als auch bei der Integration. Auch die Kreiseigene VHS bietet in diesem Bereich Kurse an.

Liste 4: Bündnis90/Die Grünen

Wir wollen Bildungsgerechtigkeit durch verbindliche Standards sicherstellen: Der Kreis baut die Schulsozialarbeit weiter aus und sichert sie dauerhaft finanziell ab. Ebenso werden Ganztagsangebote qualitativ gestärkt. Städte und Gemeinden sollen frühe Sprach-, Lern- und Teilhabeangebote gezielt in benachteiligten Quartieren anbieten, damit Herkunft und Einkommen nicht über Bildungs- und Zukunftschancen entscheiden.

Liste 5: FDP

Liste 6: Freie Wähler

Wir FREIE WÄHLER fordern, dass der Kreis Offenbach gezielt Schulsozialarbeit, Lernförderung und frühe Sprachförderung an allen Kreisschulen in benachteiligten Stadtteilen priorisiert. Digitale Ausstattung wird flächendeckend bereitgestellt. Übergänge zu Ausbildung, Praktika und Betrieben werden aktiv begleitet, damit Herkunft oder Einkommen nicht über Chancen entscheiden.

Liste 7: Die Linke

Wir fordern längeres gemeinsames Lernen aller Kinder. Zudem sollte es eine kostenlose Hausaufgabenbetreuung im Rahmen der Ganztagsbetreuung geben. Ein gesundes Essen ist die Basis guter schulischer Erfolge. Deshalb setzen wir uns für ein kostenloses Schulmittagessen ein

Liste 8: Freie Liste / NEV

Liste 9: DIE PARTEI

Wir versprechen, dass wir alles was NICHT in unserer Macht steht machen werden, um dieses wichtige Thema anzugehen

Liste 10: Tierschutzpartei

Wir fördern Bildungsgerechtigkeit durch kostenlose Kinderbetreuung, frühkindliche Bildung, flächendeckende Ganztagsangebote, zusätzliche Förder- und Sprachprogramme, individuelle Unterstützung für benachteiligte Kinder, Chancengleichheit bei digitalen Medien, gezielte Berufsorientierung sowie Zusammenarbeit von Schulen, Vereinen und sozialen Trägern.

Wie gewährleisten Sie einen gerechten und inklusiven Zugang zu kulturellen Angeboten und bezahlbaren Räumen für alle, sowie für Vereine, Initiativen und selbstorganisierte Gruppen?

Liste 1: CDU

Kreiseigene Räume, wie z. B. die Schulturnhallen werden Vereinen kostenlos zur Verfügung gestellt. Mit Beitritt in den Kulturfonds Rhein-Main ist die Kulturförderung ausgebaut worden. Bei der Vereinsförderung erfolgt keine Kürzung.

Liste 3: SPD

Das Sozialgesetzbuch ermöglicht bereits heute diese Zugänge. Die Inanspruchnahme kann weiter gesteigert werden. Derzeit werden die Mittel von Anspruchsberechtigten oftmals nicht abgerufen.

Liste 4: Bündnis90/Die Grünen

Kultur und Sport fördern Integration, Vielfalt und Zusammenhalt. Wir sichern die Unterstützung des Ehrenamts und die Finanzierung kreisweiter Kulturangebote, z.B. über den Kulturfonds Rhein-Main. Der Kreis gewährleistet einen gerechten und barrierefreien Zugang zu Kultur und Sport, stärkt kommunale Kulturprojekte, die lokale Kunst- und Musikszene sowie freie Kulturschaffende. Zudem vergeben wir wieder einen Kulturpreis im Wechsel mit einem Kulturförderpreis, unterstützen Vereine in Krisen und fördern nachhaltige Veranstaltungen.

Liste 5: FDP

Liste 6: Freie Wähler

Wir FREIE WÄHLER fordern, dass kulturelle und sportliche Angebote im Kreis Offenbach für alle bezahlbar bleiben. Vereine, Initiativen und selbstorganisierte Gruppen erhalten transparente, unbürokratische Förderungen und Zugang zu kreiseigenen Räumen. Barrierefreiheit und gute Erreichbarkeit der Einrichtungen werden verbindlich umgesetzt.

Liste 7: Die Linke

Der Regelsatz des Bürgergeldes lässt keine ausreichende Teilnahme am kulturellen Leben zu. Wir wollen das Kulturticket weiterführen und verbessern, damit es einkommensschwächeren Familien und Bürgergeldempfänger*innen die regelmäßige kostenfreie Teilnahme ermöglicht. Außerdem stehen wir für eine Erhöhung der Fördergelder für Kulturvereine und ihre Veranstaltungen ein.

Liste 8: Freie Liste / NEV

Liste 9: DIE PARTEI

Das wird noch von „höheren“ Stellen blockiert

Liste 10: Tierschutzpartei

Dies ist möglich, indem wir barrierefreie und bezahlbare Kulturorte schaffen, kommunale Räume für Vereine, Initiativen und selbstorganisierte Gruppen bereitstellen, Fördermittel transparent vergeben und Programme für alle Alters- und Sozialgruppen entwickeln, um Teilhabe und Vielfalt zu sichern.

Themenblock

Demokratie, Vielfalt, Antidiskriminierung & Engagement

Wie stärken Sie Gleichstellung, Vielfalt und wirksame Strukturen gegen Diskriminierung und Extremismus?

Liste 1: CDU

Das Kreisintegrationsbüro ist seit über 20 Jahren erfolgreich in der Integrationsarbeit und seit einigen Jahren als DEXT-Fachstelle aktiv gegen Extremismus in enger Zusammenarbeit mit der Polizei. Die Grundsätze des AGG werden im Kreis Offenbach nicht nur durch die Personalverwaltung wahrgenommen, sondern durch die Gleichstellungsstelle und eine eigene Antidiskriminierungsstelle.

Liste 4: Bündnis90/Die Grünen

Wir treten demokratiefeindlichen Strömungen und extremistischen Strukturen entschieden entgegen und entlarven populistische Parolen. Der Kreis stärkt dauerhaft Bildungs- und Jugendprojekte, fördert Schüleraustausch im Rahmen von Städte- und Kreispartnerschaften sowie Gedenkstättenfahrten, etwa nach Buchenwald und Auschwitz, in enger Zusammenarbeit mit der Jugendförderung. Zugleich stärken wir Beteiligung und Mitbestimmung, um Demokratie, Vielfalt und gesellschaftlichen Zusammenhalt nachhaltig zu sichern.

Liste 6: Freie Wähler

Wir FREIE WÄHLER fordern, dass im Kreis Offenbach Programme wie die Dext-Fachstelle und die Partnerschaft für Demokratie dauerhaft gesichert bleiben. Strukturen gegen Diskriminierung und Extremismus werden gestärkt, Präventions- und Bildungsangebote insbesondere für Jugendliche gefestigt. Vernetzung mit Schulen, Vereinen und Initiativen wird intensiviert.

Liste 8: Freie Liste / NEV

Liste 10: Tierschutzpartei

Es müssen verbindliche Antidiskriminierungsrichtlinien geschaffen werden, ausserdem gezielte Förderprogramme für benachteiligte Gruppen, Schulungen für Verwaltung und Bildungseinrichtungen sowie die Unterstützung zivilgesellschaftlicher Initiativen. Extremismus bekämpfen wir immer auch mit Prävention, Aufklärung und niedrigschwelligen Beratungsangeboten.

Liste 3: SPD

Auf unsere Initiative wurde eine Antidiskriminierungsstelle eingerichtet. Diese wollen wir erhalten und wenn nötig bei Bedarf ausbauen. In Zusammenarbeit mit dem Kreisjugendbildungswerk finden regelmäßige Veranstaltungen und internationale Austausche statt, wodurch bereits in der Jugendarbeit Diskriminierung und Extremismus vorgebeugt wird.

Liste 5: FDP

Liste 7: Die Linke

Wir haben als Linke erfolgreich eine Anti-Diskriminierungsstelle auf Kreisebene durchgesetzt und wollen diese auch für externe Personen verfügbar machen. Auch wollen wir eine stärkere Bezuschussung der DEXT-Fachstelle, die präventiv gegen Rechtsextremismus wirken soll.

Liste 9: DIE PARTEI

CDU verbieten!

Wie wollen Sie die Repräsentanz von Frauen in Leitungsfunktionen verbessern? Wie stellen Sie sicher, dass kommunale Maßnahmen zur Verbesserung der Geschlechtergerechtigkeit führen?

Liste 1: CDU

In der Kreisverwaltung liegt der Frauenanteil bei den Fachdienstleitungen über 66 %. Auch weiterhin sollen Frauen in Führungspositionen gefördert werden.

Liste 3: SPD

Die Vereinbarkeit von Pflege, Familie und Beruf soll durch flexiblere Strukturen, wie Homeoffice und flexible Arbeitszeiten, verbessert werden. Gleichzeitig ermuntern wir Mitarbeiterinnen, sich auf Führungspositionen zu bewerben. Auch geteilte Stellen sind möglich.

Liste 4: Bündnis90/Die Grünen

Ziel muss es sein, den Teil von Frauen in Führungs- und Entscheidungsrollen der Kreisverwaltung dort zu erhöhen, wo dies noch nicht der Fall ist. Dazu gehören transparente und gerechte Auswahlverfahren, besondere Personalentwicklung sowie Mentoringprogramme, der Ausbau von Führungsrollen in Teilzeit sowie flexible Arbeitszeitmodelle. Bei kreiseigenen Beteiligungen, Förderprogrammen und Vergaben berücksichtigt der Kreis Gleichstellungsziele verbindlich und überprüft deren Fortschritt.

Liste 5: FDP

Liste 6: Freie Wähler

Transparente Karrierewege in Kreisverwaltung und Beteiligungen sichern Gleichstellung. Frauen werden gezielt durch Mentoring, Fortbildungen und Entwicklungsgespräche gefördert. Flexible Arbeitszeiten und familienfreundliche Dienstplanung gewährleisten, dass Gleichstellung praktisch wirksam wird.

Liste 7: Die Linke

Wir fordern eine quotierte Verteilung von Mandaten und Ämtern auf kommunaler Ebene. Dies stellt sicher, dass Frauen in Entscheidungspositionen sichtbar vertreten sind.

Liste 8: Freie Liste / NEV

Liste 9: DIE PARTEI

Pflicht zur Besetzung nach Qualität

Liste 10: Tierschutzpartei

Wir verbessern die Repräsentanz von Frauen in Leitungsfunktionen durch quotierte Besetzungen, Mentoring, Weiterbildungen und transparente Berufungsverfahren. Kostenfreie und verlässliche Kinderbetreuung ist hierfür sehr wichtig! Kommunale Maßnahmen begleiten wir mit Monitoring und Evaluation, um echte Geschlechtergerechtigkeit sicherzustellen.

Welche Strategie verfolgen Sie im Umgang mit Antisemitismus und zur nachhaltigen Unterstützung jüdischen Lebens und sensibler Bildungsarbeit vor Ort?

Liste 1: CDU

Siehe KT-Anfrage Nr. 183.

Liste 3: SPD

Wir treten Antisemitismus entschieden entgegen und weichen nicht vor falsch verstandener Toleranz zurück. Der Kreisausländerbereiter organisiert hierzu regelmäßig Veranstaltungen, welche gerne besucht und unterstützt werden. Der Kreis Offenbach erhält aktuell Fördergelder aus dem Bundesprogramm "Demokratie leben!" Das Programm fördert lokale Initiativen, die sich für Demokratie und Toleranz stark machen.

Liste 4: Bündnis90/Die Grünen

Wir wollen dem Antisemitismus mit klarer Haltung, Prävention und Bildungsarbeit begegnen. Der Kreis nutzt und stärkt das Bundesprogramm „Demokratie leben!“ zur Förderung lokaler Projekte gegen Antisemitismus und gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit. Gedenkstättenfahrten, schulische und außerschulische Bildungsangebote sowie die Unterstützung jüdischen Lebens werden dauerhaft abgesichert und zivilgesellschaftlich vernetzt.

Liste 5: FDP

Liste 6: Freie Wähler

Null-Toleranz gegen Antisemitismus im Kreis Offenbach. Sicherheits- und Meldestrukturen werden gestärkt. Bildungs- und Begegnungsprojekte mit jüdischen Gemeinden bleiben erhalten. Anlaufstellen für Betroffene werden koordiniert, Prävention in Schulen und Jugendeinrichtungen ausgebaut.

Liste 7: Die Linke

Wir treten für die Stärkung des interkulturellen Dialogs ein. Darum haben wir einen Antrag gegen Rassismus und Antisemitismus im Kreistag unterstützt und wollen jüdische und muslimische Vereine fördern, die für Frieden und Demokratie eintreten. Wir unterstützen die DEXT-Fachstelle in ihrer Aufklärungsarbeit über Antisemitismus und Rassismus.

Liste 8: Freie Liste / NEV

Liste 9: DIE PARTEI

Verpflichtendes jüdisches Jahr für alle Christen und Muslime.

Liste 10: Tierschutzpartei

Wir setzen auf Aufklärung, Bildung und Dialog, um Antisemitismus zu bekämpfen, und unterstützen jüdisches Leben durch Förderung, sichere Räume und Vernetzung. Sensible Bildungsarbeit in Schulen und Quartieren stärkt Toleranz, Respekt und zivilgesellschaftliches Engagement nachhaltig.

Wie sichern Sie demokratische Beteiligung und politische Bildung für alle, einschließlich armutsbetroffener, behinderter und migrierter Menschen. Welche Schritte planen Sie zur Weiterentwicklung kommunaler Wahlrechte und zur Förderung der Integration?

Liste 1: CDU

Förderung und Unterstützung des Kreisausländerbeirats und dessen Veranstaltungen/Foren, obwohl nicht verpflichtend.

Liste 3: SPD

Neben vom Gesetzgeber fest vorgesehener Gremien wollen wir in einem ständigen Austausch mit allen relevanten Akteuren in der Region sein. Als Partei treten wir für eine Senkung des aktiven Wahlrechts ein. Der Kreisausländerbeirat ist zudem ein fester Ansprechpartner, der bei Bedarf stets Gehör zum Beispiel in den Ausschüssen findet.

Liste 4: Bündnis90/Die Grünen

Wir stärken demokratische Beteiligung durch barrierefreie, mehrsprachige und niedrigschwellige Formate. Der Kreis soll dabei enger als bisher mit den Ausländerbeiräten, Initiativen zur Unterstützung der Demokratie, Jugendgremien und z.B. dem VdK zusammenarbeiten, um politische Bildung und Mitbestimmung zu fördern. Politische Bildung wird in Schulen, Jugendeinrichtungen, usw. weiter ausgebaut. Wir fordern die Senkung des Wahlalters auf 16 Jahre.

Liste 5: FDP

Liste 6: Freie Wähler

Das Vielfaltszentrum im Kreis Offenbach soll langfristig gestärkt werden und Bürgerdialoge, Stadtteilforen sowie niedrigschwellige digitale Mitwirkung koordinieren. Politische Bildung wird über Schulen, Vereine und freie Träger vermittelt. Integration erfolgt durch Sprachkurse und Begegnungsangebote, um Teilhabe für alle dauerhaft zu sichern.

Liste 7: Die Linke

Wir möchten, dass alle Menschen über 16 Jahren wählen dürfen, die im Kreis wohnen. Wir fordern einen barrierefreien Zugang für Geflüchtete zu medizinischer, psychologischer und sozialer Betreuung, zu Wahllokalen sowie zum Arbeits- und Wohnungsmarkt und Bildungsmöglichkeiten. Ausländerbeiräte sollten Antragsrechte auf kommunaler und Kreisebene sowie eine Aufwandsentschädigung bekommen.

Liste 8: Freie Liste / NEV

Liste 9: DIE PARTEI

Die Frage könnte man sicher auch kürzer formulieren!

Liste 10: Tierschutzpartei

Durch barrierefreie Informationen, niedrigschwellige Beteiligung und politische Bildung in Schulen und Quartieren sichern wir demokratische Teilhabe. Wir prüfen kommunale Wahlrechte für langjährig hier lebende Migrant*innen und fördern Integration durch Sprachkurse, Beratung, Patenschaften und Mentoring sowie Einbindung in Bürgerräte und lokale Entscheidungen.

Wie wollen Sie Ehrenamt und zivilgesellschaftliches Engagement strukturell stärken und zugleich verhindern, dass Lücken in der sozialen Infrastruktur durch die Verlagerung kommunaler Aufgaben auf Freiwillige kaschiert werden?

Liste 1: CDU

Zur Unterstützung der ehrenamtlich Engagierten wird an der Kreisehrenamtsagentur festgehalten. Keine Kürzung der Fördermittel im Bereich Sport, Kultur und Ehrenamt und Hilfsorganisationen. Rund 1/3 der Kreisbevölkerung sind ehrenamtlich engagiert.

Liste 3: SPD

Das Ehrenamt benötigt eine hauptamtliche Begleitung und Unterstützung. Dies leisten die Dach- und Fachverbände, aber auch der Kreis Offenbach wird die Vereine weiter aktiv unterstützen. Dies geschieht durch Beratung, aber auch durch Förderung von Investitionen und laufenden Kosten.

Liste 4: Bündnis90/Die Grünen

Die meisten unserer Politiker*innen sind ehrenamtlich engagiert, oft zusätzlich in Vereinen und Initiativen. Daher haben wir einen guten Einblick in das, was im Ehrenamt geleistet wird. Und wir sehen, wie viel Know-how bei den Vereinen und Initiativen aufgebaut wurde und wie sinnvoll es ist, dieses durch eine breite Vernetzung der gesamten Gesellschaft verfügbar zu machen. Gleichzeitig gilt: Ehrenamt darf professionelle soziale Infrastruktur nicht ersetzen. Kommunale Pflichtaufgaben müssen dauerhaft finanziert und verlässlich erfüllt werden, das ist für uns selbstverständlich.

Liste 5: FDP

Liste 6: Freie Wähler

Ehrenamtliche Arbeit wird strukturell unterstützt: Räume, Material, Zuschüsse und feste Ansprechpartner. Kernaufgaben wie Pflege, Sicherheit und Infrastruktur bleiben Kreisaufgaben. Ehrenamt ergänzt, ersetzt aber nicht. Engagement wird gefördert, ohne Freiwillige zu überlasten oder Lücken zu kaschieren.

Liste 7: Die Linke

Es müssen genügend öffentliche Ressourcen für das Ehrenamt vom Kreis zur Verfügung gestellt werden. Wir fordern umfassende Freistellungsregelungen für Ehrenamtler*innen. Kernaufgaben wie soziale Arbeit, Pflege, Bildung, Kultur und Jugendarbeit gehören in öffentliche Verantwortung und müssen ausreichend mit Fachpersonal ausgestattet sein.

Liste 8: Freie Liste / NEV

Liste 9: DIE PARTEI

Macht es nicht so unnötig kompliziert!

Liste 10: Tierschutzpartei

Dies kann durch finanzielle Förderung, Qualifizierung, Beratung, Vernetzung und Anerkennung erreicht werden. Die Stadt übernimmt alle Pflicht-Leistungen der sozialen Infrastruktur selbst. Ehrenamtliche wirken nur ergänzend in Projekten, Beratungen oder Freizeitangeboten. Regelmäßige Monitoring- und Evaluationsmechanismen sorgen dafür, dass Aufgaben nicht unbemerkt auf Freiwillige verschoben werden.

Themenblock Klima, Mobilität & Stadtentwicklung

Wie verankern Sie Klimaschutz und Hitzeanpassung als soziale Querschnittsaufgabe, damit besonders belastete Quartiere und vulnerable Gruppen vorrangig geschützt werden?

Liste 1: CDU

Die Frage richtet sich an die Stadtplanung. Der Kreis wird seine Schulen konsequent weiter optimieren (Flächenentsiegelungen, Verschattungen). Die Städte und Gemeinden werden durch unseren Klimaschutzbeauftragten beraten.

Liste 3: SPD

Im Rahmen der Stadtplanung sind in erster Linie die Städte und Gemeinden gefordert. Der Kreis als Schulträger wird für begrünte Fassaden und Verschattungen sorgen müssen. Entsiegelungen von Flächen sollen auch dazu beitragen. Der neue Klimaschutzmanager des Kreises koordiniert die Arbeiten an den kreiseigenen Liegenschaften. Gleichzeitig ist er Ansprechpartner für die Kommunen.

Liste 4: Bündnis90/Die Grünen

Wir sehen Klimaschutz und Hitzeschutz als soziale Querschnittsaufgabe und werden hier eng mit den Kommunen zusammenarbeiten. Der Kreis entwickelt einen verbindlichen Hitzeschutzplan, priorisiert besonders belastete Quartiere und vulnerable Gruppen und unterstützt Begrünung, Verschattung und Trinkwasserangebote an Schulen und öffentlichen Orten. Nach dem Vorbild des Landkreises Darmstadt-Dieburg stärken wir Beratung, Förderung und Fachkoordination.

Liste 5: FDP

Liste 6: Freie Wähler

Klimaschutz und Hitzeanpassung werden auf Kreisflächen wie Schulen, Verwaltungsgebäuden und kreislichen Anlagen umgesetzt. Stark belastete Quartiere und vulnerable Gruppen haben Vorrang. Maßnahmen umfassen Bäume, Entsiegelung, Schattenplätze, Trinkbrunnen und zielgruppengerechte Informationen für Kinder, Senioren und chronisch Kranke.

Liste 7: Die Linke

Wir setzen uns für eine umfassende Stadtbegrünung, die Entsiegelung von Flächen und mehr Gemeinschaftsgärten ein. Damit stärken wir den Artenreichtum und schützen das Klima. Vulnerable Gruppen wollen wir mit kostenlosem Zugang zu Kühlräumen, Trinkwasser und bezahlbarem, klimafestem Wohnraum schützen.

Liste 8: Freie Liste / NEV

Liste 9: DIE PARTEI

Einmal alles in einen Topf werfen bitte!

Liste 10: Tierschutzpartei

Wir machen Klimaschutz und Hitzeanpassung zu einer sozialen Aufgabe, indem wir mehr Grünflächen, Schattenplätze, Trinkbrunnen und Hitzepläne schaffen. Besonders belastete Quartiere und gefährdete Menschen werden vorrangig geschützt und aktiv in Maßnahmen einbezogen.

Wie wollen Sie einen bezahlbaren, gut ausgebauten und verlässlichen öffentlichen Nahverkehr sicherstellen und die Mobilitätswende sozial gestalten?

Liste 1: CDU

Beibehaltung/Optimierung des Hopper-Angebots und der Bau der Regionaltangente West sind innovative Angebote für die Bürgerinnen und Bürger des Kreises Offenbach.

Liste 4: Bündnis90/Die Grünen

Wir gestalten Mobilität für alle durch einen verlässlichen, bezahlbaren ÖPNV und schreiben den Nahverkehrsplan fort. Der Kreis stärkt Hopper, X-Busse und bessere Takte auch abends und am Wochenende und treibt Ladeinfrastruktur sowie den Umstieg auf E-Busse voran. Wir setzen uns für RTW (inkl. Verlängerung bis Langen), Dreieichbahn, Odenwaldbahn und den Schienenausbau im Ostkreis ein. Rad- und Fußverkehr fördern wir durch ein durchgängiges Radhaupttroutennetz, Mobilstationen, Bikesharing und barrierefreie Wege.

Liste 6: Freie Wähler

Ein leistungsfähiger ÖPNV ist zentral für den Kreis Offenbach. Er soll bezahlbar, sicher, flexibel und zukunftsorientiert sein. Saubere Haltestellen, sichere Anschlüsse, Echtzeitinfos, Rad- und Fußwege, Radschnellverbindungen, Park-&-Ride sowie innovative Angebote wie Hopper-Systeme erleichtern den Alltag und fördern umweltfreundliche Mobilität für alle Generationen.

Liste 8: Freie Liste / NEV

Liste 10: Tierschutzpartei

Wir sichern einen bezahlbaren ÖPNV durch angepasste Takte, barrierefreie Infrastruktur, subventionierte Tickets, Priorisierung von Investitionen und Kooperationen. Finanzieren wollen wir über kommunalen Haushalt, Landes- und Bundesmittel, EU-Förderungen und moderate Mobilitätseinnahmen. Einkommensschwache, Schüler*innen und Senior*innen werden besonders berücksichtigt.

Liste 3: SPD

Die Kombination aus Busverkehr, S-Bahn, Hopper sowie dem Ausbau der Radwege schafft ein modernes Netz für Mobilität im Kreis Offenbach. Multimodalität und Barrierefreiheit sind unmittelbar miteinander verbunden, deshalb entstehen zunehmend Mobilitätstationen, die alle einzelnen Verkehrsträger miteinander verknüpfen und für jedermann zugänglich sind. Das Deutschlandticket soll erhalten bleiben.

Liste 5: FDP

Liste 7: Die Linke

Wir wollen mehr Busse und Bahnen statt Autobahnen. Wir fordern ein Bundeskonzept für einen fahrscheinlosen Nahverkehr. Dazu wollen wir weitere Buslinien zu Gunsten von Pendler*innen einrichten, alle Bushaltestellen im Kreis barrierefrei einrichten und das Hopper-Angebot ausweiten.

Liste 9: DIE PARTEI

Dann müssen wir wohl bei dem Blödsinn den die FDP fordert sparen

Wie machen Sie klimafreundliche Energieversorgung und energetisch gutes Wohnen für Haushalte mit geringem Einkommen erreichbar, ohne Menschen aus ihren Quartieren zu verdrängen?

Liste 1: CDU

Wenn überhaupt, Thema für die Kommunen.

Liste 3: SPD

Der Kreis Offenbach ist weder an Energieversorgungsunternehmen beteiligt noch im Bereich Wohnen aktiv.

Liste 4: Bündnis90/Die Grünen

g und energetische Sanierung auch für Menschen mit geringeren Einkommen. Der Kreis baut Energie- und Fördermittelberatung aus und unterstützt Kommunen fachlich bei Wärmeplanung, Gebäudesanierung und dem Ausbau erneuerbarer Energien. In kreiseigenen Gebäuden treiben wir Photovoltaik und Effizienzmaßnahmen voran. Gleichzeitig setzen wir uns für Mieterschutz, soziale Förderprogramme und Maßnahmen gegen Verdrängung ein, damit Klimaschutz bezahlbar bleibt.

Liste 5: FDP

Liste 6: Freie Wähler

Auf kreiseigenen Gebäuden wie Schulen und Verwaltungsgebäuden werden energetische Sanierungen umgesetzt, um Energieverbrauch und Betriebskosten zu senken. Förderprogramme werden gezielt genutzt. Maßnahmen zielen auf Nachhaltigkeit und Klimaschutz, ohne dass private Wohnquartiere beeinflusst werden.

Liste 7: Die Linke

Wir sind gegen die Privatisierung von Wasser- und Energieversorgung, denn sie treibt die Preise nach oben. Die Heizkosten wollen wir durch mehr erneuerbare Energie senken. Stromsperrern für Haushalte lehnen wir ab.

Liste 8: Freie Liste / NEV

Liste 9: DIE PARTEI

Das machen wir mit Dings, ihr wisst schon und so.

Liste 10: Tierschutzpartei

Dies wird erreichbar, indem wir förderfähige Sanierungen, Zuschüsse und Beratung gezielt für Haushalte mit geringem Einkommen anbieten, Mieter*innen schützen, Gentrifizierung vermeiden und Quartierskonzepte entwickeln, die Energieeffizienz, Klimaschutz und bezahlbares Wohnen verbinden.

Wie sorgen Sie für eine sozial gerechte und ökologische Stadt- und Regionalplanung mit klarer Zuständigkeitsverteilung?

Liste 1: CDU

Zuständigkeit liegt bei den Städten und Gemeinden und beim Land.

Liste 3: SPD

Die Aufgabe der Bauleit- und Flächennutzungsplanung (letztere mittelbar über den Regionalverband FRM) obliegt den Städten und Gemeinden. Den groben Rahmen setzt die Regionalversammlung. Unsere Vertreter stehen dort für einen Ausgleich der Interessen von Ökologie, Ökonomie und Sozialen und stehen mit den Vertretern der Städte und Gemeinden in ständigem Kontakt.

Liste 4: Bündnis90/Die Grünen

Wir sorgen für eine sozial gerechte und ökologische Regionalentwicklung durch klare Zuständigkeiten und verbindliche Zusammenarbeit zwischen dem Kreis und seinen Kommunen. Der Kreis koordiniert übergreifende Themen wie Mobilität, Schulbau, Klimaschutz/Klimaanpassung und unterstützt Kommunen fachlich und bei Fördermitteln. Die Entwicklung des Kreises soll transparent, klimaangepasst und sozial ausgerichtet sein – mit Beteiligung der Bürger*innen und klaren Leitlinien für bezahlbaren Wohnraum und Freiraumschutz.

Liste 5: FDP

Liste 6: Freie Wähler

Der Kreis Offenbach plant und koordiniert Neubauprojekte nur im Rahmen seiner Zuständigkeiten, z.B. Straßenbau, Verkehr und kreisliche Infrastruktur. Zuständigkeiten zwischen Kreis, Kommunen und Beteiligungen sind klar geregelt. Ökologische und soziale Kriterien werden geprüft, Fehlplanungen auf kreiseigenen Flächen vermieden.

Liste 7: Die Linke

Wir wollen in der Rhein-Main-Region klare und verlässliche sozial-ökologische Standards durchsetzen. Dies soll durch Bürgerbeteiligung und Bürgerdialog von unten geschehen. Ihre Forderungen sollen dann im regionalen Gremium gebündelt werden.

Liste 8: Freie Liste / NEV

Liste 9: DIE PARTEI

Endlich die letzte Frage!

Liste 10: Tierschutzpartei

Wir sorgen für sozial gerechte und ökologische Stadt- und Regionalplanung durch klare Aufgaben, dokumentierte Zuständigkeiten zwischen Stadt, Kreis und Trägern, verbindliche Umwelt- und Sozialstandards, Beteiligung der Quartiere, Integration von Grünflächen, Mobilitätskonzepten und nachhaltiger Infrastruktur sowie Abstimmung und Kontrolle der Prozesse.

Über uns:

Unsere Überzeugung

Soziale Sicherheit, gesellschaftlicher Zusammenhalt und die Würde jedes Menschen sind unverzichtbare Grundpfeiler einer gerechten Gesellschaft. In Stadt und Kreis Offenbach erleben wir jedoch einen zunehmenden Abbau sozialer Strukturen, steigenden finanziellen Druck auf soziale Einrichtungen und eine wachsende soziale Ungleichheit.

Eine starke Zivilgesellschaft ist die Voraussetzung für eine lebenswerte und solidarische Region. Sozialabbau schwächt nicht nur diejenigen, die auf Unterstützung angewiesen sind, sondern gefährdet den gesellschaftlichen Frieden insgesamt.

Unser Anliegen

Unser Bündnis setzt sich für eine soziale, gerechte und solidarische Stadt- und Kreisgesellschaft ein. Wir lehnen Kürzungen im Sozialbereich entschieden ab und fordern stattdessen Investitionen in soziale Sicherheit, Bildung, Gesundheit, faire Arbeitsbedingungen und eine nachhaltige Stadtentwicklung.

Unsere Ziele

Soziale Infrastruktur erhalten und ausbauen - Keine Kürzungen bei sozialen Einrichtungen, Beratung, Pflege, Wohlfahrt und Unterstützung für Bedürftige.

- Bezahlbaren Wohnraum sichern - Kampf gegen steigende Mieten, Verdrängung und Wohnungslosigkeit.
- Gute Arbeit und faire Löhne - Sicherung von Tarifverträgen, gute Arbeitsbedingungen und faire Löhne für alle.
- Gleichberechtigung und Teilhabe fördern - Niemand darf aufgrund von Herkunft, Alter, Geschlecht, Behinderung oder sozialer Lage benachteiligt werden.
- Gesundheitsversorgung für alle gewährleisten - Zugang zu guter medizinischer und pflegerischer Versorgung unabhängig vom Einkommen.
- Klimagerechte Sozialpolitik umsetzen - Nachhaltigkeit darf nicht auf Kosten sozial Schwächerer gehen, sondern muss Teil einer gerechten Stadt- und Kreisentwicklung sein.
- Ehrenamt und Zivilgesellschaft stärken - Vereine, Wohlfahrtsverbände und zivilgesellschaftliche Initiativen brauchen verlässliche Unterstützung und Förderung

Unser Vorgehen

Wir sind ein breites überparteiliches Bündnis aus Wohlfahrtsverbänden, Kirchen, Gewerkschaften, Umwelt- und Sozialverbänden sowie weiteren zivilgesellschaftlichen Akteuren. Gemeinsam setzen wir uns durch öffentliche Aktionen, politischen Dialog und Netzwerkarbeit für unsere Ziele ein.

Wir werden:

- Politische Entscheidungsträger:innen auf kommunaler, Landes- und Bundesebene in die Verantwortung nehmen.
- Die Öffentlichkeit für die Folgen des Sozialabbaus sensibilisieren.
- Den sozialen Zusammenhalt stärken und solidarische Netzwerke aufbauen.
- Gemeinsam für eine starke Zivilgesellschaft eintreten und neue Unterstützer:innen gewinnen.

Impressum

Bündnis für sozialen Zusammenhalt
c/o Der Paritätische Hessen e.V. RG Offenbach
Berliner Straße 219
63067 Offenbach
E-Mail: kontakt@zusammenhalt-offenbach.de
www.zusammenhalt-offenbach.de

Februar 2026
Auflage: 500 Stück

